

# WIRTSCHAFT



Die wichtigste Stromquelle verursacht bei der herkömmlichen Verbrennung hohe Umweltschäden. Dabei gäbe es Alternativen. 25

Der Verleih von ausländischen Arbeitskräften boomt. Nicht alle Vermittler nehmen es dabei mit dem Arbeitsrecht so genau. 27

## Sia Abrasives steigert Auftragseingang

Frauenfeld. – Der Schleifmittelhersteller profitiert von der boomenden Wirtschaft. «Wir verbuchen einen Auftragseingang wie noch nie in der Geschichte», sagte der scheidende Konzernchef Peter Schifferle am Samstag der «Finanz und Wirtschaft». Bis 2010 soll der Umsatz von 260 Millionen Franken auf 400 Millionen Franken gesteigert werden.

## Converium will wieder zurück in die USA

Zürich. – Der Rückversicherer Converium hat den US-Markt wieder ins Visier genommen. «Wir diskutieren zurzeit, ob und wie wir in den USA wieder Fuss fassen sollten», sagte Konzernchefin Inga Beale in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Converium hatte 2004 in den USA wegen falsch eingeschätzter Risiken einen Rekordverlust eingefahren. Darauf wurde die Niederlassung in den USA geschlossen, und Converium begann damit, das Geschäft auslaufen zu lassen.

## Unia fordert 4 Prozent mehr Lohn für den Bau

Bern. – Die Gewerkschaft Unia fordert für das Baugewerbe im kommenden Jahr eine monatliche Lohnerniedrigung von 200 Franken. Das Bauhauptgewerbe befindet sich seit einiger Zeit in einer markanten Phase des Aufschwungs, so die Gewerkschaft. Nach wirtschaftlich schwachen Jahren, in denen die Bauarbeiter bescheidene Lohnanpassungen akzeptiert hätten, wollten sie jetzt vom Aufschwung mitprofitieren.

## E-Plus will regulierten Handy-Markt

München. – Der Netzbetreiber E-Plus fordert eine Regulierung des deutschen Mobilfunkmarktes. E-Plus-Chef Thorsten Dirks beklagte im Interview mit «Focus», die hohen Gebühren der Wettbewerber T-Mobile, Vodafone und O2 würden einen Preisdruck bei den deutschen Handy-Tarifen verhindern. In der Schweiz drohte die Wettbewerbskommission Swisscom unlängst mit einer Busse von knapp einer halben Milliarde Franken, weil sie angeblich zu hohe Durchleitungsgebühren von ihren Mitbewerbern verlangt hat.

## Allianz streicht mehrere 1000 Stellen

Frankfurt. – Der Umbau des Versicherungskonzerns Allianz wird in Deutschland einem Zeitungsbetrieb zufolge mehrere Tausend Stellen kosten. Die Allianz werde zudem eine bis zwei der sechs regionalen Verwaltungen streichen, meldete die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung». Mindestens 1000 Stellen stünden ausserdem bei der Tochter Dresdner Bank zur Disposition. Erst im Mai hatte die Konzernspitze die Banktochter zu vermehrten Anstrengungen aufgefordert, um die Rendite zu steigern.

## Suez stellt Regierung Ultimatum für Fusion

Paris. – Der Versorger Suez hat der Regierung ein Ultimatum für die geplante Fusion mit Gaz de France (GdF) gestellt. Suez-Chef Gerard Mestrallet sagte im Interview mit dem «Journal du Dimanche», die Regierung müsse die dafür nötige Gesetzesänderung bis zum Sommer auf den Weg bringen. Andernfalls werde er dem Vorstand empfehlen, andere Optionen zu erwägen. Am Freitag war aus Regierungskreisen bekannt geworden, die nötige Parlamentsabstimmung sei angesichts des politischen Widerstands bis Herbst verschoben worden. (Agenturen/TA)

## Empfänger von EU-Agrarsubventionen (Auswahl)

|  |   |   |
|--|---|---|
| <p><b>377 Mio. Euro</b></p> <p>Nestlé Niederlande, 1999–2004</p> | <p><b>7,4 Mio. Euro</b></p> <p>Kraft Schweden, 2000–2006</p>            | <p><b>1,46 Mio. Euro</b></p> <p>Gate Gourmet Grossbritannien, 2000–2004</p> |
| <p><b>9 Mio. Euro</b></p> <p>Heineken Niederlande, 1999–2004</p> | <p><b>6,5 Mio. Euro</b></p> <p>Philip Morris Niederlande, 2000–2004</p> | <p><b>1,2 Mio. Euro</b></p> <p>BASF Belgien, 2004</p>                       |

Weitere Firmen: Shell Nederland Chemie, 1999–2004, 3,2 Millionen Euro; BASF Health and Nutrition Dänemark, 2000–2005, 1,6 Millionen Euro; Barry Callebaut Belgien, 2004, 4 Millionen Euro  
TA: GRAFIC: M/UE / QUELLE: FARMSUBSIDY.ORG / BILD: KEYSTONE, FORUM, BLOOMBERG

# Agrarhilfe landet bei Nestlé & Co.

EU-Agrarsubventionen wurden zur Unterstützung von Landwirten in Europa eingeführt. Aber auch viele Grosskonzerne kassieren kräftig mit.

Von Ingo Malcher, London

Die Nestlé-Fabrik in York ist einer jener Orte, vor denen Zahnärzte die Kinder warnen. Milch, Zucker und Kakao werden dort zu Schokolade zusammengerührt. Von den Bändern laufen Produkte wie Kitkat und Smarties. Pro Jahr immerhin 110 000 Tonnen. Und auch wenn zwischen den Hallen einige Grünflächen gepflegt werden, ist Nestlé nach wie vor ein Nahrungsmittelkonzern und kein landwirtschaftlicher Betrieb. Trotzdem kassierte das Unternehmen im vergangenen Jahr 48 Millionen Euro an Agrarsubventionen aus dem Topf der EU.

Nestlé ist kein Einzelfall. Zahlreiche Konzerne werden von der EU mit Subventionen versorgt. Der US-Lebensmittelriese Kraft etwa bekam für seinen schwedischen Ableger für die Jahre 2000 bis 2006 rund 7,4 Millionen Euro aus der EU-Kasse. Der holländische Bierbrauer Heineken schlokte von 1999 bis 2004 knapp 9 Millionen Euro. Der Tabakkonzern Philip Morris konnte in Holland zwischen 2000 und 2004 6,5 Millionen Euro absahnen. Dies geht aus Unterlagen hervor, die von einigen EU-Regierungen auf Nachfrage des Netzwerkes Farmsubsidy.org veröffentlicht wurden – darunter Holland, Grossbritannien und Belgien.

Doch zu erfahren, wie viel ein Konzern aus der EU-Agrarkasse insgesamt erhält, ist unmöglich. In den meisten Ländern der Union bleiben Subventionsempfänger geheim. Nestlé gesteht lediglich ein, in Deutschland im vergangenen Jahr 42 000

Euro erhalten zu haben. Diese zurückhaltende Informationspraxis könnte sich bald ändern. Wenn heute Montag die EU-Agrarminister in Luxemburg zusammenkommen, wird in ihren Tischmappen auch ein Vorschlag der EU-Kommission liegen, der mehr Transparenz ermöglichen soll. Wird dieser angenommen, würden möglicherweise auch die kompletten Zahlungen an Konzerne aus allen Branchen bekannt werden. Bislang sind nur Teilbeiträge zugänglich (siehe Tabelle).

Die Konzerne erhalten von der EU Geld zurück, wenn sie innerhalb des Staatenbundes Agrargüter kaufen. Wenn etwa Nestlé in Grossbritannien Milch kauft, um sie weiterzuverarbeiten, muss das Unternehmen von der EU festgelegten Mindestpreis an die Landwirte bezahlen. Damit die Landwirte etwas an ihrer Milch verdienen, liegt dieser Preis über dem Weltmarktpreis – die Schweizer bezahlen also zu viel. Wenn Nestlé dann Kondensmilch exportiert, kann der Konzern beantragen den Unterschied von der EU wieder zurückzuerstatten zu bekommen.

«Wenn die Politiker wollen, dass grosse Verarbeiter in der EU kaufen, müssen sie einen Mechanismus finden, um den Preis zu senken», sagt François Perroud, Sprecher von Nestlé. Würde die EU dem Multi kein Geld zurücküberweisen, «müssten wir darauf verzichten, in der EU Milch zu kaufen», so Perroud.

### «Agrarhilfe fördert Konzerne»

Weil die EU-Subventionen in den Exportländern beantragt werden, sind es Länder mit grossen Häfen, in denen die grössten Beträge ausbezahlt werden. In den Niederlanden etwa wurden Nestlé von 1999 bis 2004 insgesamt über 377 Millionen Euro überweisen. Trotzdem behauptet Perroud: «Wir sind grundsätzlich gegen die Landwirtschaftspolitik der Industrienationen.» Dabei gehört Nestlé

klar zu den Profiteuren. «Diese Agrarpolitik fördert vor allem Konzerne und grosse Landwirte», sagt Jack Thurston, Gründer von Farmsubsidy.org, der auf seiner Website emsig Informationen über Subventionsempfänger zusammengetragen hat.

### Gate Gourmet kassiert für EU-Butter

Dort findet sich auch der weltgrösste Airline-Versorger Gate Gourmet. Zwischen 2000 und 2004 nahm das Unternehmen allein in Grossbritannien 1,46 Millionen Euro mit. Der Schweizer Flugzeug-Caterer kauft Lebensmittel in der EU, und rein rechtlich exportiert er diese Produkte bei einem Flug in ein anderes Land. Wird an Bord also EU-Butter auf das Frühstückstbrett gelegt, bekommt Gate Gourmet zurückzuerstatten, was der Konzern für die Butter im Vergleich zum Weltmarktpreis vorher zu viel bezahlt hat.

Nirgendwo wird jedoch die verworrene Logik des Firmensponsoring so deutlich wie bei Flugzeug-Caterern: Gate Gourmet exportiert zwar Butter aus der EU. Jedoch kann das Unternehmen die Butter für den Hinflug unmöglich erst im Zielland kaufen. Dazu äussern wollte sich bei Gate Gourmet jedoch niemand.

Dabei nimmt das Unternehmen nur mit, was ohnehin möglich ist. Ebenso wie der Nahrungsmittelkonzern Kraft. Durch eine Sprecherin liess das Unternehmen mitteilen, dass viele Firmen Agrarhilfe ausbezahlt bekommen. «Dies ist nötig, weil unsere Marktpreise in der EU viel höher sind», so die Sprecherin. Was es für Kraft bedeuten würde, wenn die EU ihre Subventionspolitik änderte, wie der EU-Unterhändler bei der Welthandelsorganisation, Peter Man-

derson, angekündigt hat, will sie nicht kommentieren. «Wir können nicht spekulieren.»

Einen Kurswechsel der EU fordern vor allem die starken Agrarexporteure der Dritten Welt. Brasilien und Indien verlangen im Rahmen der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), dass die EU nicht die Produkte ihrer Landwirte subventioniert, sondern die Landwirte selbst. Denn mit Exporthilfen ausgestattete Konzerne liefern europäische Milch in Länder, die davon selbst genügend produzieren – und machen dort so den Markt kaputt.

### Auch Chemiekonzerne profitieren

Längst sind es aber nicht nur Nahrungsmittelproduzenten, die entdeckt haben, dass sie sich von der EU fördern lassen können. Der deutsche Konzern BASF bekam im belgischen Antwerpen im Jahr 2004 1,2 Millionen Euro überweisen, in Dänemark freute sich eine Tochter der BASF zwischen 2000 und 2005 über fast 1,6 Millionen Euro. Selbst die Shell Nederland Chemie, eine Tochterfirma des Shell-Konzerns, erhielt in den Niederlanden zwischen 1999 und 2004 mindestens 4,8 Millionen Euro überweisen. Für die Herstellung von Polyol kauft Shell Zucker in der EU – und kriegt beim Export Geld zurück. «Shell ist offiziell registriert und berechtigt, diese Rückzahlungen zu erhalten», erklärt ein Sprecher. Abgerechnet werde monatlich.

### Die Exporthilfe der EU schadet der Dritten Welt – weil sie die Märkte kaputtmacht.

Nicht immer winken den Konzernen Millionenbeträge, genommen werden sie trotzdem. Zwischen 2000 und 2002 überliess die EU der Heineken-Brauerer im holländischen Limburg nur 2,04 Euro.